

WIRTSCHAFT

ZEITUNG DER MARXISTEN IN SJ, SPÖ & GEWERKSCHAFTEN
Nr. 26 1991 Preis 7.- Solidaritätspreis 10.-

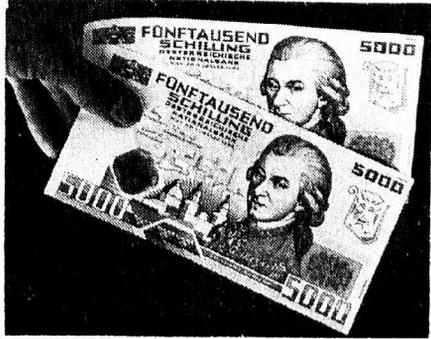
RECHT AUF WOHNEN

Von der Durchlöcherung des Mietrechts aufgeweckt, betritt ein neues Ungeheuer der Unternehmer die Bühne: DER SPEKULANT

Dieser macht das große Geld mit einem der elementarsten Bedürfnisse der Menschen. Er ist es, der für eine Wohnung mit 2 Zimmern, kleiner Küche, Bad und WC monatlich bis zu 10.000 öS und vorher noch einen sechsstelligen Betrag (er nennt's Ablöse) von uns einkassiert. Er vertreibt alte Menschen, oft mit kriminellen Methoden, aus ihren Wohnungen. Diese werden entweder zusammengelegt, damit er sie zum 5-fachen Zins weitervermietet, oder das Haus wird abgerissen, denn der Grund hat auch so seinen Wert. Der Spekulant ist es auch, der sich schon heute die Hände reibt, wenn er an die EXPO denkt. Doch wie konnte es so weit kommen?

Einen großen Teil der Schuld hat auch hier die SPÖ zu tragen, da sie nicht energisch gegen die

konservative Politik von ÖVP und FPÖ (die politischen Vertreter und Handlanger der Miet- und Abbruchhaie, die an dieser neuen Wohnungsnot schuld sind) aufgetreten ist, sondern in der Koalition den reaktionären Angriffen der Bürgerlichen klein beigetragen hat. So schritten diese auch prompt an die Aushöhlung des Mietrechts. Statt früher gesetzlich geregelten Mietzinsobergrenzen gilt heute in vielen Fällen ein sogenanntes "Angemessenheitsprinzip". Hinter



10.000.- Bald die Normalmiete?

diesem Schlagwort versteckt sich der typische Fall eines Gummiparagraphen, welchen sich Hausbesitzer auch sofort zunutze zu machen wußten. Generell gilt, daß, wer sich heute auf die Suche nach einer Wohnung begibt einen doppelt so hohen Zins wie vor fünf Jahren hinblättern muß. Einige Daten

INHALT:

Kampffond.....	2
Zivildienst.....	3
SJ-20.....	3
Kurdistan.....	4
Karriere mit Lehre?.....	6
Gegen Nazis.....	7
AKW.....	7
1. Mai.....	8
"Wir wollen mehr".....	10
Tödliches Öl.....	11
Albanien.....	12
EXPO.....	13
Sozialpartnerschaft.....	14
Ex-DDR.....	15
Was wir wollen.....	16

zeigen eindrucksvoll das Ausmaß der Katastrophe: 200.000 Österreicher suchen derzeit eine Wohnung, 1.000.000 sind mit ihrer Wohnungssituation unzufrieden, 20.000 sind in Österreich obdachlos. Auf der anderen Seite stehen allein in Wien zehntausende Wohnungen leer, mehr als die Hälfte davon aus Spekulationsgründen.

Da nun sogar die bürgerlichen Medien keinerlei Möglichkeit mehr haben, die Situation zu verharmlosen, oder wie sonst, völlig unter den Teppich zu kehren, stellt uns die ÖVP ihre eigenen (Lösungs-?) vorschläge vor: Sie tritt z.B. für die Privatisierung von Gemeindewohnungen ein (das bedeutet, daß von Steuergeldern finanzierte Wohnungssubstanz direkt in die Hände der Spekulanten übergehen würde). Auch sprechen sie sich für die, auf den ersten Blick sinnvolle Subjektförderung aus (d.h. nicht die Wohnung, sondern das Subjekt, der Inhaber wird gefördert).

Doch bei genauerer Betrachtung sieht man sofort, daß die Konservativen keinerlei Interesse an einer wirklichen Lösung der Wohnungsnot haben sondern ausschließlich die Interessen der Hausbesitzer und Miethäie vertreten. Diese Subjektförderung, im Gegensatz zur Objektförderung, welche günstige Wohnungen schaffen könnte, würde sprunghaft die Mieten in die Höhe treiben, den Hausbesitzern zu noch mehr Profit verhelfen und an unserer miserablen Situation nichts verbessern. Wie könnte nun eine Lösung des Problems aussehen?

SPÖ

Diese sollte endlich wieder einmal Farbe bekennen (und zwar ROT!) und sich auf die Seite der arbeitenden Menschen stellen. Wichtig ist es, endlich jegliche Illusionen in eine "soziale Marktwirtschaft" über Bord zu werfen und zu erkennen, daß diese nicht einmal in der Lage ist, die grundlegendsten Bedürf-

nisse zu befriedigen. Daher:

- * Kein Verkauf von Gemeinde- und anderen öffentlich finanzierten Gebäuden, sondern Schaffung neuer Wohnungen mit öffentlichen Mitteln, um einerseits dem steigenden Wohnungsdefizit Herr zu werden und andererseits den Mietwuchsern das Handwerk zu legen.

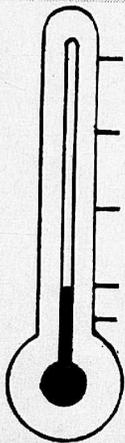
- * Mietzinsobergrenzen und Preisbeschränkungen für alle Wohnungen statt eines dehnbaren Angemessenheitsprinzips.

- * Sofortige Aufhebung von

KAMPPFOND

Liebe Leserin! Lieber Leser!

Der 1. Mai ist ein internationaler Kampftag der Arbeiterschaft. Wir wollen diesen Tag nutzen, um unsere Ideen einer größeren Leserschaft näherzubringen. Daher haben wir die Auflage für die Mai-Nummer erhöht und ein Extrablatt anlässlich des 1. Mai produziert. Das alles kostet natürlich Geld, außerdem haben wir den Preis nicht erhöht. Dadurch daß wir in letzter Zeit immer mehr Unterstützung beim Zeitungsverkauf erhalten, haben wir uns vorge-



Scheinuntermieten.

- * Verbot des privaten Spekulantentums und des Ablösenwuchers.
- * Keine Einschränkung der Wohnungsbeihilfen sondern vielmehr Ausbau dieser, damit auch unsere ausländischen Kollegen (die ja genauso Steuern zahlen) in den "Genuß" dieser kommen.

- * Enteignung und Überführung der großen Baugesellschaften in Gemeineigentum unter demokratischer Arbeiterverwaltung.

Wolfgang Flurschütz SJ 5

nommen, die Auflage auch in Zukunft immer weiter zu steigern. Deshalb brauchen wir eure Spenden. In den letzten zwei Monaten konnten wir den Kampffond von 6595,- auf 9921,- anheben. Ihr habt uns mit zahlreichen Einzelspenden unterstützt, einige Leser überwiesen uns Spenden in der Höhe von 100,- auf unser Konto. Eure Hilfe ist auch weiterhin notwendig, um unser Kampffondziel von 40.000,- zu erreichen und unsere Auflage zu erhöhen.

(Die Redaktion Mai 1991)

WIR TREFFEN UNS:

SJ 5:
Gruppe Funke: jeden Mittwoch
19 Uhr 5, Grünwaldg.4

Linke Aktionsgruppe:
jeden Dienstag
19 Uhr 6, Wallg.4

SJ 20:
Gruppe SAJ: jeden Mittwoch
19 Uhr 20, Wehlstr.20/28
Kellerlokal (Nähe Engelsplatz)

SJ 23:
Gruppe Offensiv: jeden Dienstag
19 Uhr 23, Sobotag./Purkytg.

Impressum

Eigentümer, Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich:
e.V. VORWÄRTS

zur sozialistischen Demokratie, Wien
Druck: A.Riegelnik
Piaristeng.19 1080 Wien

Erscheinungsort: Wien

Hergestellt aus Recycling-Papier

ZIVILDIENTST - WAS SOLL DAS



Der Zivildienst - eine Ausnahmeregelung. Wer aus Gewissensgründen den Dienst mit der Waffe ablehnt, kann einen Antrag stellen und vor der Zivildienstkommission sein Gewissen offenlegen. Tut man's gut, wird man Zivildienstler.

Daß ein Gewissen nicht prüfbar ist, hat nun auch die Bundesregierung "erkannt". Die Zivildienstkommission wird abgeschafft. Als Gegenleistung soll nach den Vorstellungen des Innenministers (dem der Zivildienst untersteht) die Dauer des Dienstes in manchen Bereichen verlängert werden. So sollen zwar die Zivildienstler bei der Rettung, im Krankenhaus oder Pflegeheim weiterhin acht Monate Dienst versehen, in anderen Bereichen, bei der Kinder- und Jugendbetreuung zum Beispiel, sollen sie aber zehn Monate bereitstehen.

Das verstehe, wer will. Denn es ist uneinsichtig, warum ein Zivildienstler, der beim Roten Kreuz im Büro Rechnungen sortiert oder im Röntgeninstitut Filme entwickelt, das acht Monate tut, aber ein Zivildienstler bei den Kinderfreunden zehn Monate lang das Essen in die Kindergärten führen oder in einem Jugendzentrum die Arbeit eines Jugendleiters leisten soll.

Wer beurteilt die Wichtigkeit und Schwere einer Tätigkeit? Ist der Einsatz von Zivildienstlern in einem Altersheim denn wichtiger als in einem Jugendzentrum? Brauchen nicht beide Institutionen die Zivildienstler?

Denn diese haben die Funktion, fehlende Arbeitskräfte zu ersetzen und fungieren als Billiglohnarbeiter!

In allen Bereichen, in denen Zivildienstler eingesetzt werden, herrscht Personal- und Geldmangel. Sei es bei Krankentransportorganisationen, in Kranken-

häusern, in Pflegeheimen oder bei der Kinder- und Jugendbetreuung.

Man schafft Ungleichheit, um die Zivildienstler untereinander und von den Präsenzdienstern zu spalten. Man kann den einen sagen: "Ihr seid ohnehin privilegiert, ihr habt ja nur acht Monate zu dienen." und den anderen: "Warum beklagt Ihr Euch? Bei Eurer leichten Tätigkeit." Wie lange wird es dauern, bis auch die restlichen Tätigkeiten des Zivildienstes verlängert werden! Dann könnte man argumentieren, daß es ungerecht ist, ungleich lang arbeiten zu müssen. Und wenn sich die politische Situation in unseren Nachbarländern verschärft, kann es durchaus sein, das manche Politiker die Verlängerung des Militärdienstes für unbedingt notwendig erachten. Das hieße: mehr billigere Ersatzpolizisten (z.B. für den Grenzschutz), billige Ersatzfeuerwehrmänner für den Katastrophenschutz, billigeres Ersatzpersonal für Krankenhäuser, Altenbetreuung und vieles mehr. Diese Bestrebungen aber muß man jetzt schon bekämpfen.

Dieser Kampf und der Kampf für bessere Arbeitsbedingungen

Jimmy Müller SJ 20



SOZIALISTISCHE ARBEITERJUGEND

Die Gruppe Sozialistische Arbeiterjugend Brigittenau (SAJ) besteht seit Oktober 1990 und hat es sich zur Aufgabe gemacht, durch ein gutes, politisches Programm Jugendliche anzusprechen und zu organisieren. Wir versuchen, durch Themen, die Jugendliche direkt betreffen, wie Berufsschule und Umwelt, zum Diskutieren anzuregen. Wir wollen aber auch die Ursachen all dieser Probleme aufzeigen. Dazu bedarf es einer gewissen politischen Grundschulung, die wir durch Themen wie Geschichte des ÖGB oder Faschismus erreichen wollen. Um aber auch eine Alternative zu den viel zu teuren Kultur- und Freizeitangeboten unserer Gesellschaft anzubieten, veranstalten wir Feste oder z.B. einen Theaterworkshop. Mit all diesen Aktivitäten wollen wir die SAJ wieder zu einer starken, selbstbewußten und schlagkräftigen Organisation machen, die sich für die Interessen von Jugendlichen auch wirklich einsetzt.

Jimmy Müller SJ 20

FREIHEIT FÜR KURDISTAN

Der Golfkrieg ist offiziell aus - mindestens für die Alliierten. Aber für etwa 5 Millionen Kurden im Irak geht er weiter. Das Regime Saddams kämpft ums Überleben - und geht dabei über zigtausende Leichen.

Die USA haben ihre Ziele im Golfkrieg im wesentlichen erreicht. Sie konnten die irakische Armee aus Kuwait vertreiben und was noch wichtiger ist, sie haben den arabischen Herrschern gezeigt, wer ihre Freunde sind und sich somit Einfluß und den Zugriff auf billiges Öl gesichert. Hinzu kommt noch, daß die US-Wirtschaft durch Aufträge zum Wiederaufbau Kuweits angekurbelt wird. Es kann zweifellos durch die Aufträge, den gesunkenen Ölpreis und den steigenden Dollar zu einer Verbesserung der US-Wirtschaft kommen. Aber ob das die Krise, in der sich Teile der USA befinden, wirklich verhindern kann, ist äußerst fraglich, da sich nichts an der grundsätzlichen Schwäche der US-Wirtschaft geändert hat.

Saddam Hussein wurde nicht gestürzt. Allerdings scheint das den USA auch nicht mehr so wichtig zu sein. Während man Ende '90 noch vom "Neuen Hitler" sprach, der beseitigt werden müßte, hört man solche Töne nun nicht mehr. Die USA sehen ganz klar, welche Gefahren sowohl ein Sieg der Schiiten als auch der Kurden für sie bringen würde. Ein durch die Schiiten nach dem Vorbild des Irans errichtetes Regime würden sich dem direkten Einfluß und Zugriff der USA entziehen. Und somit wäre wieder ein großer Teil des Öls von einem Regime verwaltet, das unberechenbar und den USA nicht gerade freundlich gesinnt ist.

Aber auch einen wirklich unabhängigen kurdischen Staat würden die USA nicht unterstützen. Seine Existenz wäre für die Kurden im Iran, Syrien und vor allem in der Türkei ein Signal, um sich gegen das jeweilige Regime aufzulehnen. Das würde die Lage im Nahen Osten weiter destabilisieren und das ist das allerletzte, was die USA momentan wollen. Es scheint, als ob für die USA ein -geschwächter - Saddam Hussein zur Zeit die akzeptabelste Lösung wäre. Das zeigt, wie ernst es der USA mit "Demokratie und Menschenrechten" wirklich ist - nämlich nur dann, wenn es zur Durchsetzung der eigenen Interessen dient.

Irak

Der Irak geht aus dem Krieg wirtschaftlich völlig zerstört und politisch gespalten heraus. Unmittelbar nach Einstellung der Kampfhandlungen gab es im Irak Anti-Saddam-Demonstrationen, im Süden bekämpften Schiiten, im Norden Kurden die irakische Armee. Hussein versucht mit allen Mitteln seinen Sturz zu verhindern. Wenn es für sein Überleben notwendig ist, greift er auch zu Mitteln wie z.B. Giftgas. Als die Ölstadt Kirkuk in kurdische Hand war, ging die irakische Armee grausam vor. Hinzu kommt noch, daß Teile der Armee, sogar Teile der Republikanischen Garden (irakische Elitetruppen) begannen, zu den Kurden überzulaufen. Wenn der Aufstand länger anhält, wird die Situation für Saddam immer riskanter, deshalb muß er alle Bewegungen möglichst schnell niederschlagen, um seine Haut zu retten.



Die Kurden sind ein Volk von etwa 20 Millionen das auf 5 Länder (Iran, Irak, Syrien, Türkei, Sowjetunion) aufgeteilt ist. In keinem dieser Länder sind sie als ethnische Minderheit wirklich anerkannt, sondern teilweise brutal unterdrückt.

1920 wurde im Vertrag von Sevres die Gründung eines unabhängigen Kurdenstaates festgehalten, aber drei Jahre später, im Vertrag von Lausanne, war davon nicht mehr die Rede. Eine einheitliche, westlich orientierte Türkei war als Bollwerk gegen die neuentstandene Sowjetunion wichtiger für die Siegermächte. 1946/47 gab es für elf Monate auf iranischem Gebiet die kurdische Republik Mahabad, die Anfangs von der UdSSR unterstützt wurde. Nach Abschluß eines Vertrages zwischen UdSSR und dem Iran über die Lieferung billigen Öls, ließen die Moskauer Bürokraten die Republik aber fallen. Sie wurde von der iranischen Armee überfallen und die Führer hingerichtet. Nach dem Sturz des Shahs 1979 erwarteten die iranischen Kurden endlich Autonomie, da sie an der Revolution maßgeblich beteiligt waren. Diese Hoffnung wurde aber durch die Regierung der Ayatollahs blutig zerschlagen. Zwischen 1980 und '83 wurden allein im Iran etwa 13.000 aufständische Kurden und Zivilisten getötet, 500.000 umgesiedelt.

Im Irak haben die Kurden unter Massenzwangsumsiedlungen und Übergriffen, wie der Giftgasangriff 1988 auf die Stadt Halabtscha, bei dem mindestens 5000 Zivilisten getötet wurden, zu leiden. Nach Ende des Iran-

Irak-Krieges begann eine Großoffensive, gegen die von der Opposition kontrollierten kurdischen Gebieten, sodaß hunderttausende in die Türkei und in den Iran flüchteten.

In der Türkei gibt es offiziell erst seit wenigen Wochen "Kurden". Vorher wurden sie als "Bergtürken" bezeichnet. "2-3000 Guerillas, die nichts mit der kurdischen Bevölkerung gemein hätten, würden im Südosten der Türkei Unruhe stiften" - meint, ganz auf Linie mit der türkischen Regierung, der österreichische Botschafter in der Türkei. Damit ist der jahrelange Kampf der Kurden gemeint, in dem zahllose Kämpfer und Zivilisten von der türkischen Armee getötet wurden. Seit kurzem gibt es einen "Kultururlaub", der den Gebrauch der kurdischen Sprache (bisher verboten!), das Singen kurdischer Lieder und das Feiern kurdischer Feste erlaubt. Für den Amtgebrauch ist kurdisch weiterhin verboten, es wird nach wie vor nicht an den Schulen unterrichtet und die Lieder dürfen auf keinen Fall politisch sein. Die Tatsache, daß es im türkischen Parlament kurdische Abgeordnete gibt, ist für viele Beweis genug, daß es keine Unterdrückung gibt. Allerdings wurden sechs kurdische Abgeordnete aus der Sozialdemokratischen Volkspartei ausgeschlossen, weil sie zu einer Kurdenkonferenz nach Paris gefahren waren.

In der Vergangenheit wurden auch die menschenunwürdigen Zustände in den kurdischen Flüchtlingslagern bekannt. Momentan spielt sich die Türkei zynischerweise als "Retter der Kurden" auf. Aber es darf nur ein Teil der Flüchtlinge die Grenze zur Türkei überschreiten, müssen die, die es geschafft haben, im Freien leben und ohne wirkliche Hilfe auskommen. Unter diesen Bedingungen sterben Tausende, vorallem Kinder und ältere Menschen. Bis jetzt sind mindestens 500.000 Kurden an der Grenze zur Türkei, etwa 1 Million in den Iran geflüchtet, über eine

Million ist noch auf der Flucht.

Gibt es überhaupt eine Lösung der Kurdenfrage? Die Vorstellung vieler, auch Kurden, ist, daß Saddam durch den Einmarsch von US-Truppen im Irak gestürzt werden sollte. Natürlich ist ein Sturz des Diktators Hussein notwendig. Aber die USA hat daran kein Interesse, und wenn sie es, unter dem Druck der Weltöffentlichkeit, doch täte, so würden sie einen Herrscher a'la Saudi Arabien oder Kuwait einsetzen, der den Kurden auch keine Autonomie gewähren würde. Die Türkei nutzt die Situation, um von den eigenen Problemen abzulenken und eventuell auch Gebietsansprüche an den Irak zu stellen. Die Tatsache, daß die Türkei nur einen Teil der Flüchtlinge über die Grenze läßt und daß es bereits zu Zusammenstößen mit der türkischen Armee gekommen ist, zeigt klar, daß sie - ebenso wie die USA - nur "helfen", weil sie unter dem Druck der Öffentlichkeit stehen. Von dieser Seite ist keine wirkliche Hilfe für die Kurden zu erwarten. Der Krieg ist vorbei, und schon ist zu sehen, daß die US-Regierung die Lage im Nahen Osten stabilisieren will, mit den Diktatoren, mit Saddam Hussein, mit Folter und Tod.

Freiheit für Kurdistan

Auf der ganzen Welt wird Geld gesammelt, stellen Staaten und Organisationen Millionen zur Verfügung. Es ist klar, die internationale Arbeiterbewegung sowie große Teile der Öffentlichkeit wollen helfen, doch sie sehen keine Alternative, als durch Spenden zu helfen. Den Regierungen ist das recht, denn damit wird die westliche Arbeiterbewegung von radikalen Maßnahmen abgehalten, indem man die Hilfsbereitschaft in Spendenaktionen kanalisiert (zB. DRF).

Änderung der Asylpolitik, Aufnahme aller Flüchtlinge und Abkehr von den USA sind nur mit Durchsetzung von wirklich sozialistischer Politik machbar. Die

Solidarität, die geleistet wird, muß sich an den Interessen der Kurden orientieren und nicht den Interessen der westlichen Regierungen entsprechen. Die Hilfe, so notwendig Lebensmittel und Zelte gerade jetzt sind, wird immer zu wenig sein, da sie die Kurden wie die Palästinenser nur mit den Notwendigsten versorgt, aber nicht mehr.

Der Vorschlag, eine Schutzzone zu errichten, dient letztendlich nur dazu, das revolutionäre Potential, das nach wie vor vorhanden ist, unter Kontrolle zu bringen. Um den Kurden wirklich zu helfen, ist humanitäre Hilfe genauso notwendig wie die Unterstützung mit Waffen, die die kurdischen Widerstandskämpfer im Irak auch gefordert haben. Die kurdischen Flüchtlinge dürfen nicht völlig rechtlos in Lagern zusammengepfercht werden, sondern müssen die Möglichkeit haben, sich frei politisch zu betätigen und die Verwaltung der Lager bzw. Gebiete und die Verteilung der Hilfsgüter selber zu kontrollieren. Letztendlich ist für die Freiheit des kurdischen Volkes auch der Abzug aller Besatzungstruppen aus Kurdistan sowie die Gründung demokratischer Verteidigungskomitees in allen Teilen unumgänglich. Zur Zeit sind die USA der beste Garant für Saddams Macht. Daher: Abzug der US- und alliierten Truppen und volle Unterstützung des Aufstandes gegen Hussein.

Um Freiheit zu erlangen, müssen die kurdischen Arbeiter und Bauern gemeinsam mit den anderen Arbeitern ihre Regimes stürzen. Denn die Ziele sind die selben: demokratische Rechte, ein Ende der Ausbeutung durch die herrschenden Regimes und gerechte Verteilung des Bodens. Siegreich können sie nur gemeinsam sein. Es ist die Aufgabe aller Arbeiterorganisationen, Gewerkschaften und Parteien, international den Kampf der Kurden mit allen Mitteln zu unterstützen. Wenn wir das wollen, müssen wir Druck machen!

Sonja Grusch SJ 23

Karriere mit Lehre?

FRISEURLEHRLING

Man steht den ganzen Tag (von 8-18 Uhr) im Geschäft. Sitzen ist während der Arbeitszeit verboten.

Am Morgen, 7⁴⁵ Uhr (offizielle Öffnungszeit 8 Uhr), muß der Lehrling die Handtücher zusammenlegen, die Ablagen abwischen, Spiegel putzen, Bürsten reinigen, Geschirr abwaschen u.s.w... Wenn zu dieser Zeit ein Kunde kommt, muß der Lehrling seine Putzarbeiten zur Seite legen und dem Kunden so schnell wie möglich entgegenkommen. Falls sich dieser Lehrling schon im 3. Lehrmonat befindet, darf er vielleicht auch schon dem Kunden die Haare waschen. Ist er damit fertig, muß er wieder zurück an seine, für ihn vorgesehene, Beschäftigung: Putzen.

Auch an ruhigen Tagen hat der Lehrling genug zu tun: Während der Chef und seine Frau in Ruhe ihren Kaffee schlürfen, "darf" der Lehrling uralte, verschmutzte Trockenhauben putzen, Dauerwellenwickler so ordnen, daß alle peinlichst genau in dem dafür vorgesehenen Behälter aneinander geschichtet sind u.ä. Zu Mittag geht der jüngste Lehrling einkaufen. Das muß er - nicht selten - für alle Angestellten tun. Er sollte diese Einkaufstour in höchstens 20 Minuten beendet haben. Danach muß der Lehrling dem Chef die Wurstsemmeln zurechtmachen und seinem "Wohltäter" nachtragen.

Am Nachmittag ist in einem Friseurbetrieb schon einiges los, und der Lehrling sollte, möglichst ohne zu atmen, (das kostet Zeit), von einer Kundschaft zur anderen laufen. Es gibt dann auch noch Betriebe, die über zwei Stockwerke gehen. Das heißt, daß der Lehrling am Abend körperlich voll ausgelaugt und vor allem willenlos und frustriert ist. Unterläuft dem Lehrling ein Fehler, so wird er

vor den Kunden beschimpft und beleidigt. Der Lehrling, der sich nicht wehren kann, weil er Angst hat, gefeuert zu werden und auch von sich aus nicht kündigen kann, läßt dies über sich ergehen. Das passiert aber nicht nur, wenn man einen Fehler macht. Auch die Launen des Chefs werden täglich an den Berufseinsteigern ausgelassen. Am Abend hat der Lehrling noch den Mistkübel auszuleeren und zu schauen, daß das Geschäft auch wirklich in Ordnung ist. Um ca. 18⁴⁵ Uhr darf er dann endlich gehen. Nur an Samstagen soll es schon passiert sein, daß man um einiges länger bleiben muß, denn Aufwaschen ist angesagt.

Lehrlinge im 1. Lehrjahr sind für die Optik des Betriebes zuständig. Sie "dürfen" auch schon Haare waschen. Im 2. Lehrjahr kann man schon Dauerwellen wickeln, vorausgesetzt man hat zuhause geübt. Färben darf man dann noch zusätzlich im 3. Lehrjahr. Das ist aber nur ein ganz kleiner Teil der Arbeiten, die man bei der Prüfung beherrschen sollte. Putzen und Kaffeekochen wird nicht geprüft.

So ist es der Fall, daß jährlich jeder 3. Lehrling die Prüfung nicht besteht, weil er vom Unternehmer nicht ausgebildet sondern ausgebeutet wird!

Christian Jordan SJ 5



Die Ausbildung erfolgt manchmal nur in der Berufsschule

EIN ARBEITSTAG BEI SPEDITION S.

Offizieller Arbeitsbeginn ist 7³⁰, doch müssen die Lehrlinge, darunter auch Alex F., bereits um 7²⁰ im Büro erscheinen, um die Schreibtische herzurichten, die Post vom Postamt abzuholen, u.s.w.. Neben vielen Telefongesprächen versieht er jedes Stück Post (auch die Kuverts) mit einer Eingangsstampiglie und ordnet sie ein.

Der Chef betritt das Büro. Sein erster Blick trifft den telefonierenden Lehrling, der die Post noch nicht vollständig bearbeitet hat. Mit schnellem Schritt geht der Chef auf ihn zu. Eine Schreiorgie, bei der Alex F. keine Chance hat, sich zu rechtfertigen, beginnt.

Peter S. - der große Boss - verläßt den Raum, um die Mitarbeiter zu inspizieren. Völlig fertig vom vorherigen Schreiwahl, sucht sich der Lehrling eine Arbeit, für die er zuständig ist, z.B. Ablegen von Schriftstücken, Korrigieren von Gütertarifen usw.

Am späten Vormittag wird es in der Firma hektisch. Immer wieder kann man wütende Schreie aus dem Chefzimmer vernehmen. Die Angestellten laufen, sich gegenseitig beschimpfend, quer durch alle Räume des Betriebes.

Inmitten dieses Chaos' bekommt Alex einen Anruf von einem Freund. EIN GROSSER FEHLER! Peter S. betritt sein Zimmer. Alex muß wüste Beschimpfungen über sich ergehen lassen, denn wie kann man nur die Unverfrorenheit besitzen, in der Firma angerufen zu werden!? Der Lehrling legt auf. Nervös und aufgebracht arbeitet Alex weiter.

In der Mittagspause (12-12³⁰) sollten die Angestellten und Lehrlinge die Büroräume nicht verlassen. Die Geschäftsleitung wünscht die ständige Anwesenheit der "Arbeitnehmer".

Der Nachmittag wird etwas

ruhiger. Alex ist damit beschäftigt, neue Umrechnungskurse in den Computer einzugeben. Da sich Peter S. trotz oftmaliger Warnung des Programmierers noch immer nicht dazu entschließen konnte, ein neues Gerät anzuschaffen, kommt es oft vor, daß der Computer "abstürzt". So auch jetzt. Der Chef bemerkt den Schaden. Der Computer wird per Botendienst (den selbstverständlich ein Lehrling durchzuführen hat) zum Programmierer gebracht. Der Lehrling muß in das Chefzimmer, wo er den Rest des langen

Nachmittags zu verbringen hat. Peter S. versucht ihn so lange zu "verhören", bis er zugibt, es mit Absicht getan zu haben. Es gelingt ihm nicht. Um 16²⁰ darf er den Raum verlassen. Er hat nun noch 10 Minuten Zeit, die abgehende Post zu frankieren. Das ist bei dem enormen Berg natürlich unmöglich. Um 16³⁰ verlassen alle Angestellten den Betrieb. Nicht Alex F. Er ist erst um 17 Uhr mit dem Frankieren fertig. Endlich darf er gehen. Aber nicht nach Hause. Zuerst muß er noch die Post auf

das Postamt bringen, wo er 15 eingeschriebene Briefe aufzugeben hat. Erst um 17⁴⁵ ist sein Arbeitstag beendet.

Der Lehrbetrieb, in dem Alex F. seine ersten 2 Lehrjahre fristen mußte, ist nicht der einzige, in dem solche Arbeitsbedingungen herrschen. Jeder weiß das. Trotzdem besitzt die Handelskammer die Unverfrorenheit, mit Slogans wie "Karriere Mit Lehre" in die Öffentlichkeit zu gehen. Ein Hohn für alle Lehrlinge.

Alexander Freil SJ 5
Alex ist am Dienstag in der LAG.

STRAHLENDE ZUKUNFT??

Vor 5 Jahren fand im Atomkraftwerk (AKW) Tschernobyl ein Supergau (größtmöglicher Atomunfall) statt.

Durch diese Explosion wurde die Welt, könnte man meinen, aus ihrem Dornröschenschlaf in Sachen AKW's geweckt.

Aber immer noch gibt es "Unbelehrbare", die uns die "friedliche Nutzung der Atomkraft" als sicher verkaufen wollen - und das, wo immer mehr Störfälle bekannt werden.

Doch selbst die "sichersten" AKW's sind nicht sicher genug. Denn, wie Harrisburg (AKW in den USA) bereits in den 70er Jahren bewiesen hat, sind auch kapitalistische AKW's nicht vor Unfällen gefeit. Abgesehen von der Sicherheit stellt sich auch noch die Frage nach der Endlagerung des Atomülls. Dieses Problem kann in Zukunft genausowenig gelöst werden wie bisher.

Auch der sofortige Ausstieg aus der Kernenergie scheint unmöglich, da er nicht im Interesse der Kapitalisten ist. Sie tun nichts, woraus man keinen Profit schlagen kann. So z.B. bieten sie den Ländern Osteuropas "großzügige" Kredite für den Ausstieg aus der Atomenergie an, verlangen dafür aber Wucherzinsen. Das ist also das Umweltbewußtsein der Atomlobby.

Die sofortige Schließung aller AKW's weltweit und die Nutzung von Alternativenergien ist die einzige Chance um einer "strahlenden Zukunft" zu entgehen.

Michel Hotvagner SJ 23

Ausländer bleiben! Nazis vertreiben!

20. April 1991 - Der Geburts-tag Adolf Hitlers jährte sich zum 102. Mal.

Ein guter Grund für Neonazis und ihr Umfeld, vor allem Skinheads und Hooligans, wieder einmal ihren faschistischen Ideen zu huldigen. Doch auch ein guter Grund für linke Kräfte zu zeigen, daß wir nicht bereit sind, den Faschisten die Straße zu überlassen.

Sehr kurzfristig, am 16. April, setzten wir, die Sozialistische Jugend Margareten und die Revolutionäre Arbeiterfront, die Ex - KJÜ Wieden, uns zusammen, um zu diskutieren, was man machen könnte. Das Ergebnis war eine Mahnwache und eine Kundgebung am Stephansplatz mit anschließender Demonstration durch die Innenstadt, für die wir hauptsächlich ausländische Jugendliche mobilisierten.

Und der Erfolg gab uns recht. Auf der Demo waren 700 - 800 Teilnehmer, davon ca. 600 ausländische Jugendliche, vor allem "Red Brothers" (eine Jugendgruppe, die hauptsächlich Türken und Jugoslawen organisiert). In der Demo selbst war dann eine sehr kämpferische Stimmung, wie man sie sonst bei uns nicht gewohnt ist. Unsere Flugblätter

wurden uns aus den Händen gerissen und der Lärm war teilweise so groß, daß man selbst unser Megaphon nicht mehr hörte.

Das erstmals so viele ausländische Jugendliche zu einer Demonstration kamen, war ein wichtiger Schritt vorwärts im gemeinsamen Kampf von Ausländern und Inländern. Auch die Hauptforderung der Demo - Ausländer bleiben, Nazis vertreiben - zeigt das gemeinsame Interesse: Einheit gegen rechts. Doch was wir nun versuchen müssen, ist, diese Demo nicht zum einmaligen Glanzlicht werden zu lassen sondern den gemeinsamen Kampf nicht die Ausnahme sondern die Regel werden zu lassen.

Michael Bonvalot SJ 5



1. MAI

Aus der Geschichte lernen

In der Geschichte der 1.Mai-Feiern spiegeln sich die Kämpfe, Siege und Niederlagen der internationalen Arbeiterbewegung wider. Um künftige Auseinandersetzungen erfolgreich führen zu können, ist es wichtig, aus der Geschichte zu lernen.

Gegen Mitte/Ende des vorigen Jahrhunderts begannen sich die Arbeiter Europas und Nordamerikas gegen die kapitalistische Ausbeutung zu formieren. Überall entstanden Bildungsvereine, Parteien, ... 1864 hatte sich auf Betreiben von Marx und Engels die "Internationale Arbeiterassoziation" (1.Internationale) gebildet. 1870 waren die Versuche der Pariser Arbeiter und Soldaten, einen sozialistischen Staat zu errichten, im Blut ertränkt worden. Die Bürgerlichen versuchten in dieser Periode überall, fortschrittliche Ideen zu unterdrücken und zu verbieten; Organisationen wurden aufgelöst, ihre Führer laufend verhaftet. Doch die revolutionären Freiheitsideen und das Erstarken des Marxismus konnten dadurch nicht gestoppt werden.

Vom US-Generalstreik zum internationalen Kampftag

Seinen Ausgangspunkt nahm der 1.Mai bei einem Generalstreik in den USA am 1.5.1886. Eine katastrophale Krise der amerikanischen Wirtschaft sollte mit 15-40% Lohnkürzungen auf dem Rücken der Arbeiter kuriert werden. Die großartige Beteiligung an einem Streik gegen die Angriffe und das klarformulierte Ziel, bis 1890 den 8-Stundentag zu erkämpfen, gaben dann den entscheidenden Anstoß dazu, daß

1889 die eben gegründete II.Internationale (internationaler Zusammenschluß der großen nationalen Arbeiterorganisationen auf Basis eines weitgehend marxistischen Programms) den 1.Mai zum weltweiten Kampftag für den 8-Stunden-Tag erklärte. In Österreich veranstaltete die junge Sozialdemokratische Partei eine eindrucksvolle Kundgebung im Wiener Prater. Weltweit hatten am 1.Mai 1890 Hunderttausende gestreikt. Ein Jahr später erklärte der Brüssler Kongreß der II.Internationale den 1.Mai zum weltweiten Kampftag, an dem "die Arbeiter die Gemeinsamkeit ihrer Forderungen bekunden sollen".

widerspiegelte, gekennzeichnet. Tatsächlich gelang es im Laufe der Zeit, einige wichtige Reformen zu erkämpfen (in Österreich z.B: 1907 Allgemeines Wahlrecht für Männer). Doch begann Anfang des 20.Jahrhunderts ein Prozeß der Bürokratisierung. In Worten gaben sich die Parteiführungen zwar noch radikal, in der Realität genossen sie aber Privilegien und paßten sich den herrschenden Verhältnissen an. Für die meisten Spitzenfunktionäre bestand nicht mehr die dringende Notwendigkeit, die tagtägliche Kleinarbeit direkt mit dem sozialistischen Ziel zu verbinden. So fand zwar noch

men. In vielen Ländern beteiligten sich die "Arbeiterführer" sogar aktiv an der Kriegstreiberei. In Österreich beschloß die Mehrheit der Führung zunächst einmal zu schweigen und auf bessere Zeiten zu warten. Im Laufe des Krieges versuchten ihren Ideen treu gebliebene Sozialisten international immer wieder, den 1.Mai zur Mobilisierung gegen Krieg und für Sozialismus zu nützen. Bei einer solchen Kundgebung wurde Karl Liebknecht am 1.5.1916 festgenommen.

Die steigende Kriegsmüdigkeit, das soziale Elend und der Haß gegen Diejenigen, die diesen Krieg verschuldet hatten, leiteten eine neue Periode von Klassenkämpfen ein. Durch die Oktoberrevolution in Rußland entstand der erste Arbeiterstaat der Welt. Überall in Europa versuchten Arbeiter, es ihren russischen Brüdern und Schwestern gleichzutun. In Bayern und Ungarn bildeten sich Räterepubliken, in Österreich kam es im Jänner 1918 zu einer gewaltigen Streikbewegung. Doch im Gegensatz zu Rußland gab es nirgendwo eine starke marxistische Organisation, die durch klare Strategie und Taktik in der Lage war, die Massen zum Sieg zu führen. Vielfach übten vor allem die alten sozialdemokratischen Führer offenen Verrat. So blieb die Revolution auf Rußland beschränkt (was später zum Sieg des Stalinismus führte), und das Kapital beutete weiter aus.

Klassenkämpfe, Faschismus und der 2.Weltkrieg

In den 20er und 30er Jahren stürzte der Kapitalismus von einer Krise in die nächste. (Arbeitslosigkeit, Inflation, Weltwirtschaftskrise, Massenelend...) Als die Arbeiter sich gegen diese Angriffe zu wehren versuchten, setzten die Unternehmer stärker auf Repression, diktatorische Maßnahmen und in weiterer Folge auf den Faschismus. Die sozialdemokrati-

schen und stalinistischen "Arbeiterführer" erwiesen sich als unfähig, eine wirkungsvolle Front der Arbeiter gegen die faschistische Bedrohung aufzubauen, obwohl es dafür gute Voraussetzungen gab. (starke Arbeiterorganisationen, bewaffnete Verbände..)

Am 1.Mai 1929 verbot die SPD(!)-geführte preußische Landesregierung für ganz Großberlin im Interesse von "Ruhe und Ordnung" alle Maifeiern. Als die KPD trotzdem demonstrierte, verursachte die Polizei auf Befehl von SPD-Innenminister Zörgiebel ein Blutbad im Arbeiterbezirk Wedding.

später, am 12.2.1934, als die Faschisten auf Gemeindebauten schossen und die organisierte Arbeiterbewegung zerschlugen, war es dann zu spät.

Die Zeit zwischen den Kriegen war eine Periode von scharfen Klassenausinandersetzungen, in denen die Arbeiterklasse mehrmals die Chance hatte, die Macht zu erobern. Doch diese Chancen wurden nicht genutzt, nicht zuletzt auch deshalb, weil in der UdSSR zu dieser Zeit eine abgehobene Bürokratie an die Macht kam, die mit allen marxistischen und internationalen Traditionen brach. Die durch falsche Taktik der Führung hervorgerufenen Niederlagen der Arbeiterklasse ebneten den Weg für den Sieg des Faschismus und den 2.Weltkrieg.

Entwicklung seit 1945

Nach dem 2.Weltkrieg gab es in der ganzen Welt Versuche der Arbeiterklasse, den Kapitalismus, der diesen Krieg hervorgebracht hatte, zu beseitigen, was auch tatsächlich in einigen Teilen der Welt gelang. (China, Osteuropa) Doch übten in diesen Ländern nicht die Arbeiter, sondern eine abgehobene bürokratische Schicht die Macht aus.

In den entwickelten kapitalistischen Staaten kam es ab 1950 zum großen Nachkriegsaufschwung, der die Herrschaft der Unternehmer festigte und unter vielen Arbeitern Illusionen in eine friedliche Entwicklung zu Sicherheit und Wohlstand verbreitete. Doch gab es in vielen Bereichen diese Entwicklung nicht. Immer wieder wurden und werden im Interesse der Kapitalisten Kriege geführt und Angriffe auf die arbeitende Bevölkerung versucht.

Am 1.5.1951 demonstrierten auf der ganzen Welt Arbeiter gegen die imperialistische Aggression von UN-Truppen gegen Korea.

Im Mai 1968 versuchten die französischen Arbeiter und Jugendlichen gemeinsam den Kapitalismus zu stürzen. Am

Der 1. Mai

wird bekannterweise von den Nationalsozialisten zum "Tag der nationalen Arbeit" umgewandelt.

Das ist ein Schwindel und ein Hohn!

Der 1. Mai gehört nicht den Nazis - er gehört der Mehrheit der Arbeitenden für den und Frieden - er gehört der Sozialdemokratie!

Der 1. Mai ist ein Tag der nationalen Arbeit zu protestieren!
- Nicht bei den Nazis und ihrer Machtergreifung in Deutschland gehen!
- Nicht zusammen mit Konsortienherrschaft für Arbeiter!
- Alle verschiedenen Klassen und republikanischer Bourgeois und Laborer entgegen
- Bekämpfung der Rechte der Betriebsräte und der Gewerkschaften
- Aufhebung der 8-Stunden-Arbeitszeit und der 8-Stunden-Arbeitszeit
- Die Forderungen der Arbeiter und Kleinrentner unterstützen. Die Arbeiter unterstützen
- Forderung für die Arbeiter, Kleinrentner und für die Frauen

Nur der 1. Mai ist und bleibt ein Tag des wahren Kampfes um Freiheit und Ruhe - nicht ein Tag der stalinistischen Sozialdemokratie!
Und in diesem Festtag spielen wir für den Vater!

Es lebe die freie Republik!

Es lebe die Sozialdemokratie!

Hoch der 1. Mai!

Ein Plakat zum 1.Mai aus der Sowjetunion



Aufstieg, Zusammenbruch, Krieg und Revolution

Die nachfolgenden Maifeiern waren vor allem durch stärker werdende Beteiligung, die die immer breitere Massenbasis

der 1.Mai 1913 überall unter dem Motto "Gegen Krieg - Für internationale Solidarität" statt. Doch als 1914 die Herrschenden den 1.Weltkrieg begannen, fiel die internationale Sozialdemokratie wie ein Kartenhaus zusam-

Höhepunkt dieser Bewegung streikte praktisch die gesamte Nation. Arbeiterkomitees hatten in einigen Regionen die Kontrolle über Fabriken und Versorgung übernommen. Doch auch diese Chance auf eine sozialistische Umgestaltung blieb ungenutzt, weil die Führung der Arbeiterorganisationen einlenkte und mit den Unternehmern und deren Regierung paktierte.

In den 70er und 80er Jahren wurde durch die zweite Weltwirtschaftskrise das Vertrauen vieler Arbeiter in den Kapitalismus erschüttert.

Am 1. Mai 1974 konnte Portugal den Sturz der rechten Diktatur feiern.

Im vorigen Jahrzehnt wurden die Angriffe auf die arbeitende Bevölkerung weiter verschärft. So stand z.B. der 1.5.1984 in Großbritannien unter dem Eindruck des großen Bergarbeiterstreiks gegen die Schließung der Kohlegruben durch die Thatcher-Regierung.

Drei Jahre später streikten in ganz Europa Jugendliche für bessere Ausbildungsbedingungen.

Im Mai 1989 demonstrierten in China Millionen gegen die Bürokraten. Ein paar Monate später gingen in Osteuropa die Massen gegen den Stalinismus auf die Straße.

Der heurige 1. Mai findet am Beginn einer entscheidenden Periode statt. Im Osten zeigt sich, was die Menschen in der "3. Welt" schon lange zu spüren bekommen: Daß Kapitalismus Elend bedeutet und keinerlei Zukunftsperspektiven bietet. Im Westen werden die Unternehmer angesichts kommender Wirtschaftskrisen die schärfsten Angriffe gegen die Arbeiterklasse seit Jahrzehnten versuchen. Unsere Aufgabe ist es, in dieser Situation nicht nur den 1. Mai sondern jeden Tag zum Kampftag zu machen!

John Evers SJ 5

"Wir wollen mehr"

Dieses Jahr wird es für viele Arbeitnehmer Reallohn erhöhungen geben. Die kollektivvertraglichen Erhöhungen liegen bei ca. 6%. Aber was heißt das schon, wenn es Jahre vorher Reallohnverluste gegeben hat, wenn alle Preise für z.B. Wohnen, Nahrungsmittel oder öffentliche Verkehrsmittel dann noch stärker steigen. Und wenn die Umverteilung von unten nach oben weitergeht.



In anderen Worten: Die Unternehmergewinne sind weiterhin hoch, während die einkommensschwachen Leute, die Masse der Arbeitnehmer und deren Familien jeden Schilling zweimal umdrehen müssen. Die Lohnquote (das ist der Anteil der Löhne und Gehälter am Volkseinkommen) geht seit Jahren zurück und ist zur Zeit auf einem Tiefstand.

Ein Beispiel: die Speditionsangestellten. Seit April 91 bekommen die Angestellten um 6,5% mehr Gehalt, mindestens aber 740,-. Das Mindestgehalt brutto 10.000,- steht im Kollektivvertrag. Die Lehrlingsentschädigung wird um 8,6% erhöht. Klingt das nicht gut? Warum beklagen wir uns? Weil wir uns unter unserem Wert abspesen haben lassen. Die Unternehmer machen fette Gewinne, spekulieren an der Börse, mit Wohnungen und Betrieben, investieren, um noch mehr Profite zu machen.

Daher für die nächsten Kollektivvertragsverhandlungen, die bereits im Herbst 91 von den Metallern begonnen werden: Umverteilung durch hohe Lohnerhöhungen, damit die Lebensqualität der Arbeitnehmer/innen steigt. Soziale Absicherung für jeden/jede! Die Gewerkschaft hat

die Kraft, diese sozialen Forderungen zu erkämpfen, es fehlt der Führung der politische Wille.

Ja, und was ist mit der Arbeitszeitverkürzung? Ein Zitat aus dem Schreiben der GPA Fachgruppe "Speditionsangestellte" an ihre Mitglieder: "Unsere Forderung nach einer Arbeitszeitverkürzung wurde von den Arbeitgebervertretern mit dem Argument, daß die Angestellten ohnehin keine Arbeitszeitverkürzung wünschen, abgelehnt. In diesem Zusammenhang ersuchen wir Sie bereits jetzt um Unterstützung bei einer im Herbst 1991 stattfindenden Umfrage, um den Arbeitgebervertretern bei den nächstjährigen Kollektivvertragsverhandlungen den Stellenwert dieser Forderung unterbreiten zu können."

Was soll man da bloß tun? Wir verabschieden Anträge auf Gewerkschaftstagen, gehen demonstrieren, fordern die Arbeitszeitverkürzung unaufhörlich, aber die Unternehmer glauben uns einfach nicht. Arme Gewerkschaftsführung. Jetzt ist es an uns, die Gewerkschaftsvertreter unter Druck zu setzen. Wir brauchen keine Umfrage, die uns von den Unternehmern aufgezungen wird. Seit Jahrzehnten kämpfen Gewerkschafter um die Arbeitszeitverkürzung, weil sie begriffen haben, daß das Ziel nur durch Kampf erreicht werden kann. **Arbeitszeitverkürzung auf 35 Stunden pro Woche sofort! Nur eine selbstbewußte, kämpferische Gewerkschaft kann dieses Ziel erreichen!**

Thomas Kerschbaum SJ 20

P.S. Die Unternehmer wollen die Frage wahrscheinlich so stellen: "Wollen Sie die 35-Stunden-Woche und daher weniger verdienen?" Aufklärung aller Arbeiter und Angestellten ist dringend notwendig. Die Forderung muß lauten: **35-Stunde-Woche bei vollem Lohn!**



Tödliches Öl

Am 14. April sank an der Mittelmeerküste vor Genua der Supertanker Haven und löste eine riesige Umweltkatastrophe aus. Das ist aber nur ein weiteres logisches Ereignis innerhalb der Todesmaschinerie der Industrienationen, die sich menschenfeindlicher, unkontrollierbarer Technologien bedienen.

Vor nicht allzulanger Zeit ließ die Ökokatastrophe am Golf die Welt aufhorchen. Doch inzwischen ist das öffentliche Interesse wieder abgeflaut und die Ölmagnaten können ungehindert weltweit ihre Profite machen. Sie versuchen durch die Verwendung alter billiger Tanker die Meere und zerstören die Lebensgrundlage der dort lebenden Bevölkerung. Von 5008 Tankern weltweit sind 3163 älter als 15 Jahre, davon 898 sogar älter als 25 Jahre. Immer wieder kommt es zu großen Tankerunfällen, die in riesigen Gebieten alles Leben auf Jahrzehnte zerstören. Die bürgerlichen Politiker heucheln und fordern die Stilllegung "unsicherer Schiffe aus Panama, Zypern oder Liberia". Aber offensichtlich sind auch amerikanische Tanker nicht gegen Unfälle immun (Exxon Valdez 1989, American Trader 1990, Megaborg 1990). Selbst bei "Normalbetrieb mit kleineren Pannen und Lecks" fließen laut einem deutschen Greenpeace-Mitarbeiter 600.000 Tonnen Öl pro Jahr ins Mittelmeer.

Die marinen Ökosysteme im Golf sind durch kriegsbedingte Verschmutzung fast unweigerlich zum Absterben verurteilt, Wasser und Boden der Region sind auf Jahre hinaus vergiftet. An die 1,7 Milliarden Liter Rohöl strömten aus der 13 km vor Kuwait liegenden Verladestation "Sea-Island" ins Meer. Bis jetzt blieb es bei einem geschlossenen Ölteppich, es besteht die Gefahr der Versiegelung der Meeresoberfläche.

Die Wasseroberfläche wird also von Sauerstoffzufuhr und Licht getrennt, das Plankton unter der Oberfläche, das die erste Stufe der Nahrungskette ist, wird zerstört. Die Folge: Kleine Fische, Krebse und Muscheln finden kein Futter. Ohne Kleintiere verhungern größere Fische, und wenn diese dezimiert werden, sterben die großen Raubfische, die Wasservögel und die fischfangenden Säugetiere. Auch größere Tiere bleiben nicht verschont. Schildkröten und Seekühe, die zum Atmen auftauchen müssen, sind vom Erstickend bedroht. Darüberhinaus wird ihr Hauptnahrungsmittel, Seegras und Tang, durch absinkendes Öl geschädigt und kann nicht mehr nachwachsen. Die großen Fischbestände, das natürliche Nahrungsreservoir für Millionen Menschen, sind bedroht, weil die Ölpest die Fischbrut vernichtet. Der Fischfang, von dem einige zehntausend Arbeiter am Golf leben, ist auf Jahre hinaus kaputt gemacht worden.

Ein Liter Öl kann 1 Million



Auch die brennenden Ölfelder in Kuwait zerstören die Umwelt

Liter Wasser unbrauchbar machen (!) bzw. ein kg Öl braucht bis zum vollständigen Abbau soviel Sauerstoff wie in 300 Kubikmeter Ozean enthalten sind. Ein mechanisches Absaugen des Öls ist so gut wie unmöglich bzw. ineffizient. Unsinnig ist es auch, das Öl mit chemischen Mittel zu binden. Es würde dann zu Klumpen zusammengeballt auf den Meeresboden sinken und die dort lebenden Organismen töten. Unsinnig ist auch das Abfackeln, weil durch das Verbrennen Umengen von Stickstoff in die Atmosphäre gelangen und dort die Ozonschicht zerstören würde.

Alle sogenannten Hilfsmaßnahmen sind unzureichend und gehen am eigentlichen Problem vorbei: Sie setzen immer erst nach erfolgter Katastrophe ein anstatt daß endlich auf gefährliche Technologien und riskante Substanzen verzichtet würde. Man muß auf Technologien umsatteln, die für die Menschen und die Welt, in der wir leben, keine tödliche Gefahr darstellen und von denen nicht nur einige profitieren: im Falle Erdöl sind dies die Bonzen der Petrochemie und der Autoindustrie. Allein in der Stadt Los Angeles werden 2 Millionen Faß Öl pro Tag verbraucht, der Großteil davon für den Individualverkehr! Im Kapitalismus ist das dringend nötige Umdenken nicht zu erwarten, weil hier Profitinteressen und nicht die Lebensbedürfnisse der Menschen im Vordergrund stehen. Der Kapitalismus ist zu einer realen Bedrohung für die gesamte Menschheit geworden.

Hannes Gellner SJ 5

**SPENDET
FÜR**

VORWÄRTS

Albaniens ungewisse Zukunft

Albanien hat gewählt. Die Stalinisten haben sich mit ihrer "Partei der Arbeit" mehr als zwei Drittel der Parlamentssitze gesichert.

Albanien ist das wirtschaftlich am wenigsten entwickelte Land Europas. In den letzten Jahren existierte der "Hinterhof Europas" in völliger Isolation. Die Kommunistische Partei betrieb eine streng nationalistische Politik, was historische Ursachen hat.

Albanien war bis 1912 Teil der Türkei. Die 1919 ausgerufenen Republik geriet ab 1921 zunehmend in Abhängigkeit Italiens und wurde 1939 vom faschistischen Mussolini-Italien besetzt. 1943-44 besetzten die Deutschen Albanien. Dann kamen die kommunistischen Partisanen unter Enver Hoxha an die Macht. Um diese auch halten zu können, bauten sie ein stalinistisches Tradition ein strenges Bewachungs- und Unterdrückungssystem gegen die Bevölkerung auf. Im Land herrschte der Terror der Geheimpolizei, der Sigurimi. 1945 wurden Industrie und Bergbau verstaatlicht, ab 1951 gab es Fünfjahrespläne. Albanien trat 1955 dem Warschauer Pakt und der UNO bei.

Albanien ging, da es als Nation immer unterdrückt wurde, seine eigenen Wege. Ab 1961 wandte es sich von der Sowjetunion ab und hielt starr am Stalinkult fest. In den darauffolgenden Jahren lehnte es sich vor allem an der Volksrepublik China an. Nach dem Einmarsch des Warschauer Pakts in der Tschechoslowakei trat Albanien aus dem östlichen Militärbündnis aus. Ab 1975, als China verstärkt mit den USA gegen die UdSSR paktierte, brach Albanien auch mit China. Seitdem leben die Albaner isoliert und völlig abgeschottet von der restlichen Welt. Die PdAA achtete immer

darauf nicht in Abhängigkeit von anderen Mächten zu geraten. Sie nutzte, um sich an der Macht zu halten, die Widersprüche zwischen den anderen Staaten aus. Als Garant für die Unabhängigkeit nahm Albanien keine Kredite auf und ist damit nicht beim Ausland verschuldet.

Situation

Der Lebensstandard der albanischen Bevölkerung ist sehr niedrig. Autos waren verboten - nicht jedoch für die Bürokraten. Im ersten "atheistischen Staat" war jegliche Religionsausübung verboten und wurde schärfstens verfolgt. Auch nach dem Tod des überall hochgepreisenen Staatsgründers Enver Hoxha 1985 hielt das Regime an seiner unterdrückerischen Politik fest. Es gab keinerlei Reformen. Auch die Revolutionen in Osteuropa 1989 gaben den alten Bürokraten keine Veranlassung, den Würgegriff, den sie dem Volk angelegt hatten, zu lockern. Im Sommer 1990 gab es erste Flüchtlingswellen nach Italien und Griechenland. Die Folge waren halberzogene Reformen. Die Stalinisten folgten bei ihren Reformvorschlägen dem Prinzip "Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück!". Z.B. wollten sie an-



Bei Demonstrationen wurde ein Enver-Hoxha-Denkmal gestürzt



fangs freie Wahlen abhalten, ohne aber andere Parteien zuzulassen?!

Der Volksaufstand im Dezember 1990 aber, der von den Studenten in Tirana ausging, erzwang das Mehrparteiensystem. Allerdings wurde der Wahltermin so früh angesetzt, daß es anderen Parteien kaum möglich war, Strukturen aufzubauen und der Bevölkerung ihr Programm näherzubringen. Am besten funktionierte das noch in den Städten, wo die Opposition siegte, am Land jedoch dominierte die PdAA. Das hat auch noch andere Gründe. Den Bauern machte die KP einige Zugeständnisse. Sie dürfen nun im kleinen Rahmen Tiere und Land für den privaten Gebrauch nutzen. Für die Arbeiter gab es aber von Seiten der Stalinisten keinerlei Reformen, da Arbeitersprache in den Betrieben den Interessen der Bürokratie zuwiderlaufen würde.

Trotz ihres Wahlsieges können die Stalinisten das Land nicht aus der Krise bringen. Sie sind mit ihrem Latein am Ende. Die Produktion fiel in den letzten Jahren um 40%! Devisen bekommt das Land nur durch den Export von Lebensmitteln, während im Land selbst Grundnahrungsmittel rationiert sind. Neue Unruhen und Flüchtlingswellen sind also schon vorprogrammiert, da die Stadtbevölkerung nach diesem Wahlergebnis keine Perspektive mehr sieht.

Doch auch in die Oppositionsparteien sollte man keine allzu großen Hoffnungen setzen. Viele Oppositionsführer sind Wendehäl-

se. Die Anführer der stärksten Oppositionspartei, der Demokratischen Partei Albaniens, Gramoz Pashko und Sali Berisha stammen beide aus einflussreichen Funktionärsfamilien und waren bis in die 70er Jahre in der KP aktiv. Wenn die Arbeiter die Illusionen und das Vertrauen in diese Partei verlieren, werden sie eigene Organisationen, angefangen mit freien Gewerkschaften, gründen.

Albaniens Zukunft wird also unweigerlich sehr turbulent.

David Mum SJ 23

NEIN zu dieser EXPO

Auch auf die Gefahr hin, daß uns die SPÖ-Parteiführung als Nörgler und Nestbeschützer beschimpft, wir sagen NEIN zu dieser Weltausstellung 1995!

Auch wenn Mitte Mai eine Volksbefragung über die EXPO stattfindet, ist sie eine fixe Sache, wenn es nach dem Willen von Bürgermeister und SPÖ- und ÖVP-Führung geht. Bereits Ende April wurde begonnen, die Donauparkhalle zu demontieren, um Platz für die EXPO zu schaffen.

Mit einem beispiellosen Aufwand wird versucht, die Bevölkerung, besonders die SPÖ-Mitglieder, vom Nutzen der EXPO zu überzeugen. Besonders auf eines legen die Befürworter in der SPÖ Wert: Die Weltausstellung wird Wien und seiner Bevölkerung nur Verbesserungen und Geld bringen. Die Wiener Bevölkerung wird nichts bezahlen müssen, der öffentliche Verkehr wird praktisch gratis ausgebaut, es werden Arbeitsplätze und Wohnungen geschaffen, die Umwelt durch Aushub der Mülldeponien geschützt und die Pensionen gesichert - das ist die heile Welt von Werbung und Politikern! Die Weltausstellung muß finanziert werden. Dafür wird auf Beschluß des Wiener Gemeinderats nach der Volksbefragung die EXPO-AG ihre Arbeit aufnehmen. Bis jetzt hat die Gemeinde Wien alle Vorleis-

Wenn sich die Lebenslage der Bevölkerung nicht bald verbessert, und das ist weder durch Festhalten am alten System noch durch marktwirtschaftliche Reformen zu erwarten, wird es bald wieder Demonstrationen und Flüchtlingsströme geben. Nur die Arbeiter selbst können, wenn sie die Fabriken leiten und einen gesamtwirtschaftlichen Aufbauplan entwerfen, die Lage verbessern.

liche Hand, die Gemeinde Wien stellt Geld, Grundstücke und öffentlichen Verkehr zur Verfügung und ebnet alle rechtlichen Angelegenheiten wie z.B. Widmung der Grundstücke - die privaten Anleger machen Profite! Der Ausbau des öffentlichen Verkehrs und die Schaffung von Arbeitsplätzen können auch durch gemeinwirtschaftliche Unternehmen erreicht werden, durch eine geplante Kommunalpolitik im Interesse der Arbeiterschaft. Die Wiener Parteiführung und natürlich ÖVP und FPÖ schaffen langfristig die Voraussetzungen, daß private Untenehmer und Banken wesentlich mehr Einfluß in der Wirtschaft bekommen (z.B. durch Privatisierungen. Die EXPO wird diese Entwicklung verstärken. Die Auswirkungen für die Wiener Bevölkerung werden von höheren Mieten bis zum Umweltkollaps und Verkehrsausfällen reichen - trotz aller Beteuerungen und "Hand drauf"-Versicherungen des Rathauses. Sozialistische Kommunalpolitik sieht anders aus - deshalb NEIN zur EXPO der Konzerne und Spekulanten!

Volksbefragung

Apropos Volksbefragung: Wir sagen auch Nein zum Wasserkraftwerk Freudenu, weil die Volksbefragung vor dem wasserrechtlichen Bescheid der Behörden stattfindet. Das Gutachten der Uni für Bodenkultur wird einfach verfälscht, weil Auflagen des Gutachtens nicht erwähnt werden. Abgesehen davon, ist ein weiteres Großkraftwerk überhaupt notwendig, sind alle anderen Alternativen ergo und Einsparungen ausgenutzt? Kaum, und warum gibt es so wenig Information über die Auswirkungen dieses Kraftwerkes, ist deshalb die Volksbefragung vor der Bekanntgabe der behördlichen Auflagen? Warum gibt es kein langfristiges Energiekonzept, daß unserm Bedürfnis nach Umweltschutz nachkommt? Zu viele Fragen, die offen sind. Sozialistische Energiepolitik sieht anders aus.

Wie ist das nun mit der rein privaten Finanzierung? Der Ausbau der Infrastruktur, z.B. der 6000 m große EXPO-Pavillon und die Überdachung der Autobahn auf dem EXPO-Grundstück, wird Milliarden Schillinge kosten. Die privaten Kapitalanleger, die Banken und Versicherungen, die japanischen Kapitalisten machen nur mit, weil die Stadt Wien ihnen enorme Profite zusichert. Die WED bekommt auch Flächen beim Asperner Flughafen und das Nordbahnhofgelände zur Risikoabdeckung (falls Verluste entstehen). Die Gesellschaft kann diese Grundstücke zum Selbstkostenpreis erwerben, auf diesem billigen Grund werden dann von Baufirmen Wohnungen gebaut, die man bekanntlich sehr teuer vermieten kann. Also alles wieder beim Alten: Die öffent-

Sozialpartnerschaft Wem nutzt sie wirklich

In Österreich gibt es ein Mittel um Lohn- und Preisverhandlungen friedlich zu gestalten: die Sozialpartnerschaft. Von Gewerkschaftsfunktionären geliebt, von Unternehmern benutzt und von der SPÖ verteidigt, scheint sie das ideale Mittel zu sein, um für alle das Beste zu erreichen. Aber ist das wirklich so oder profitieren manche davon?

Die Wirtschafts- und Sozialpartnerschaft (WSP) entstand nach dem 2. Weltkrieg zuerst in Form der fünf Lohn-Preis-Abkommen und später als Institution Sozialpartnerschaft. Sie dient dazu, Lohn- und Preisfragen im Lohn- bzw. Preisunterausschuß zwischen Gewerkschafts- und Unternehmervertretern auszuhandeln. Dadurch sollen kostenintensive Streiks und Arbeitskämpfe verhindert werden, aber auch die Forderungen der Gewerkschaft nach Vollbeschäftigung und sozialer Gerechtigkeit erfüllt werden.

Die Realität sieht aber anders aus. Vollbeschäftigung gab es nur Anfang der 70er Jahre, seither steigt die Arbeitslosigkeit und liegt bereits über 5%. Von sozialer Gerechtigkeit kann man nicht sprechen, wenn 450.000 Arbeitnehmer weniger als 10.000.- brutto/Monat verdienen. Die wichtigsten Forderungen der Gewerkschaft sind also nicht erfüllt.

Die Unternehmer profitieren ganz enorm. Österreich gilt als Land mit relativ niedrigen Löhnen und sozialer Ruhe (die Streikzeiten werden in Sekunden gemessen), was für internationales Kapital ein Anreiz ist, hier Niederlassungen zu gründen. "Das bringt Arbeitsplätze" wird mancher nun sagen - nur nicht sehr stabile, wie das Beispiel Philips zeigt, wo zur Zeit jeder

achte Arbeitnehmer gehen muß.

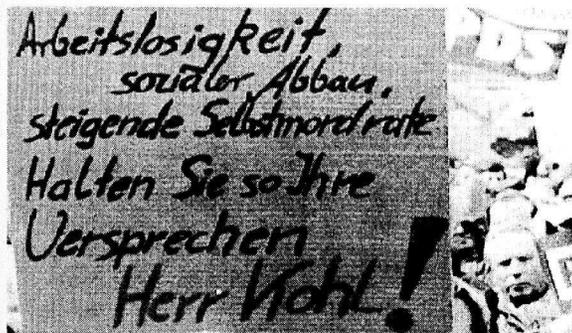
Durch die Sozialpartnerschaft sollen die Unternehmer Einfluß auf die Lohnverhandlungen und die Gewerkschaften Einfluß auf die Preise nehmen können. Erstes ist tatsächlich der Fall. Der paritätisch (gleichviele Vertreter auf beiden Seiten) besetzte Lohnunterausschuß gibt die Lohnverhandlungen frei. Da die Freigabe einstimmig sein muß, können die Unternehmer den Zeitpunkt der Lohnverhandlungen hinauszögern. In Zeiten starker Inflation würden die Löhne hinter den Preisen herhinken. Anders ist es bei den Preisen. Wenn sich hier Gewerkschafts- und Unternehmervertreter nicht einigen, wird die Frage an die Paritätische Kommission (höchste Instanz der WSP) weiterverwiesen. Kommt es auch dort zu keiner Einigung, so können die Preise auch ohne Regelung erhöht werden. Zudem kommt noch, das mindestens 60% aller Waren Ausnahmen sind und ihre Preiserhöhungen gar nicht vom Preisunterausschuß behandelt werden. Wenn sich Unternehmer nicht an festgelegte Preise halten, gibt es Sanktionsmöglichkeiten, die aber noch nie angewandt wurden. Offensichtlich haben die Unternehmer also wesentlich mehr Einfluß auf die Löhne als die Gewerkschaft auf die Preise!

Warum also hält die Gewerkschaft noch immer an der Sozialpartnerschaft fest? Die Gewerkschaftsführung hebt sich von ihrer Basis immer mehr ab. Ihr Einkommen liegt weit über dem eines durchschnittlichen Gewerkschaftsmitgliedes und ihre Denkweise hat sich immer weiter von den Interessen der Basis entfernt. Sie geht immer wieder Kompromisse ein, die die Lage der Arbeitnehmer verschlechtern

oder zumindest nicht verbessert. Die Verhandlungen werden hinter verschlossenen Türen geführt und die Mitglieder können sich höchstens im nachhinein beschweren, wenn sie mit Verhandlungsweise und -ergebnis nicht zufrieden sind. Aber selbst in ihren Forderungen weicht die Gewerkschaftsbürokratie immer weiter zurück. Die 35-Stunden-Woche wird zwar auf den verschiedensten Gewerkschaftsversammlungen immer wieder radikal gefordert, aber in Verhandlungen mit Unternehmern legt man scheinbar weniger Wert darauf. Genauso verhält es sich mit der Mindestlohnforderung. Es werden zwar in manchen Branchen (z.B. Metalller) Erfolge erzielt, aber es gibt noch immer viel zu viele, die nicht einmal annähernd an den Mindestlohn von 10.000.- brutto/Monat herankommen. Um ihre Forderungen durchzusetzen, sieht die Gewerkschaftsführung als einziges Mittel Verhandlungen - auf das Kampfmittel Streik wird zur Gänze verzichtet. Natürlich kann ein Streik nicht immer und überall das Allheilmittel sein. Aber es ist das stärkste Kampfmittel und es ist ganz offensichtlich nötig, um unsere Forderungen durchzusetzen.

Von Unternehmenseite gibt es immer stärkere Stimmen, die eine Beendigung der WSP fordern. Sie sehen die Schwäche der Gewerkschaften und versprechen sich Vorteile durch ein aggressives Auftreten, da sie damit rechnen, daß die Gewerkschaft nicht reagieren wird. In der Vergangenheit waren Unternehmer immer dann an einer Art Sozialpartnerschaft interessiert, wenn sie selbst schwach, die Arbeiterorganisationen aber stark waren. Sind sie selbst stark, werfen sie die WSP einfach über Bord. Sie dient nur dazu, ihre Interessen durchzusetzen. Deshalb muß die WSP aufgelöst und durch eine kämpferische Gewerkschaftspolitik ersetzt werden, die wirklich die Interessen der arbeitenden Menschen vertritt.

Sonja Grusch SJ 23



Kohl und Kapital gaben vor, die Ex-DDR mit ihrer "dynamischen sozialen Marktwirtschaft" binnen wenigen Jahren auf West-Niveau zu bringen. Doch wie sieht heute die Lebenssituation der Menschen in der Ex-DDR aus?

Niemand konnte das konkrete Ausmaß der kommenden Verschlechterung genau erfassen, aber die Kohl-Regierung machte Versprechungen ("Niemandem wird es schlechter gehen"), von denen von Anfang an klar war, daß sie sie nicht halten kann.

Die Stundenlöhne liegen bei etwa 58% der Westlöhne, die Gehälter bei 51,5%. Wo man früher wenige Prozente seines Monatslohnes für Miete zahlte, springt dies jetzt auf das 8-10fache, und wird noch weiter steigen! Die Ostlöhne sind zwar niedrig, aber die Preise haben Westniveau.

Um die Bonner Arbeitslosenstatistik schönzufärben, ließ man sich für die EX-DDR eine besondere "Lösung" einfallen: "Kurzarbeit Null". Man ist zwar noch im Betrieb angestellt und wird vom ihm kurzbezahlt, hat jedoch keine fixen Arbeitszeiten. Die Bezahlung setzt sich zusammen aus Arbeitslosengeld und Betriebs-"Stützung", das sind 85% des ursprünglichen Lohnes. Laut Einigungsvertrag wird die Kurzarbeitregelung mit 1.7.91 entfallen, was zu einer weiteren Steigerung der Arbeitslosen führen wird.

Natürlich haben die Bürgerlichen auch "Rezepte für den Aufschwung in den fünf neuen Ländern". Der bayrische Minis-

terpräsident Streibl (CSU) feuerte an zu "Mut, Fleiß und Bescheidenheit. Jetzt ist nicht mehr die Zeit für Ostermärsche oder Sternmärsche". Bundesfrauenministerin Merkel (CDU) appellierte an Unternehmer- und Wohlfahrtsverbände, die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) für Frauen zu verstärken, denn "das Geld fehlt nicht".

Gewerkschaften und SPD

IG-Metall-Chef Steinkühler verteidigte dagegen die Montagsdemos in Leipzig. Sein Stellvertreter verurteilte die Kohl-Politik und verwies darauf, daß in Ostdeutschland Arbeitslosenzahlen von 3-5 Millionen drohen, doppelt so viel wie während der Weltwirtschaftskrise in den 30er Jahren. Die IG-Metall fordert die Verlängerung des Kündigungsschutzes über den 30.6. hinaus. Da für die Menschen in der Ex-DDR der Betrieb gleichzeitig Krankenversorgung, Kindergarten, Kantine und Kulturprogramm bedeutete, müsse man dessen sozialen Stellenwert achten und Beschäftigungsgesellschaften einrichten. Dort könnten die Entlassenen bis zu ihrer Neueinstellung für notwendige Arbeiten, wie Wohn-, Straßenbau, etc. eingesetzt werden. Das alles sind aber nur Korrekturen und können die Lage längerfristig nicht verbessern. Es ist die Aufgabe der Gewerkschaften, gegen die Demontage der DDR-Wirtschaft und somit Vernichtung hunderttausender Arbeitsplätze zu kämpfen.

Die SPD bietet immer noch keine Alternative und trägt dadurch auch zur Perspektivlosigkeit der Betroffenen bei. Ihre Hauptkritik beschränkt sich darauf, daß sie den Anschluß der DDR langsamer und "sozialer" wollte, Personalentscheidungen durchschaubarer machen will, in der Landwirtschaft die Probleme nicht auf die lange Bank geschoben werden sollten und sie ja schon von Anfang an gesagte hatte, daß Steuererhöhungen nötig wären, während Kohl das verneint hat.

Als Sozialist muß man diesen Methoden entgegenhalten, daß sie auf der falschen Hoffnung aufbauen, nämlich daß die Unternehmer ihren "Geschwistern im Osten" ernsthaft helfen wollen. Das Vorrangige in diesen Kreisen ist jedoch, die eigenen Firmen anzusiedeln, wenn baldiger Profit winkt, und Lohnforderungen gering zu erfüllen, um den "sozialen Frieden" aufrechtzuerhalten.

Die Aufgabe der Gewerkschaft besteht jetzt darin, Solidarität bei westdeutschen Arbeitern zu erzeugen und zu zeigen, daß auch der Lebensstandard der West-Arbeiter nichts Unveränderliches ist. Der Kampf der Ost-Arbeiter kann nur erfolgreich sein, wenn sie von ihren Kollegen in West-Deutschland unterstützt werden, denn wirtschaftlicher Druck (Arbeitskämpfe) kann hauptsächlich vom Westen ausgehen. Die Möglichkeiten der Ost-Arbeiter liegen in Großdemonstrationen, im politischen Druck. Es besteht aber die Gefahr, daß viele Ost-Deutsche frustriert werden, wie die rapide steigende Selbstmordrate zeigt.

Es gilt zu unterscheiden zwischen Arbeiterinteressen und denen der Untenehmer. Daher kämpfen fortschrittliche Kräfte für die sozialen Errungenschaften der Bildungs-, Wohnungs- und Arbeitsplatzgarantie von früher, die aber nur durch demokratische Kontrolle gesichert werden können.

Thomas Mann SJ 5

WAS WIR WOLLEN

LIEBE GENOSSEN/INNEN

Diese Forderungen sind nur ein kurzer Auszug aus unserem Programm. Jede der Übergangsforderungen ist für sich betrachtet notwendig; die Gesamtheit der Forderungen können wir aber nur durchsetzen, wenn wir das kapitalistische System überwinden. Wenn Ihr Anregungen oder Kritik an uns habt, schreibt uns, wir werden jede solidarische Kritik gerne diskutieren.

BILDUNG

* Wir fordern kostenlose Bildung für alle und den Ausbau der Möglichkeiten für alle Lohnabhängigen, sich bei voller Lohnfortzahlung weiterzubilden. Besondere Bedeutung soll die gewerkschaftliche Ausbildung erhalten!

UMVERTEILUNG

* Für die Einführung der

gleitenden Lohnskala! Lohnerhöhungen müssen mindestens die Steigerung der Lebenshaltungskosten abdecken.

* Mindestlohn von 12.000 öS netto pro Monat für die gesamte arbeitenden Bevölkerung!

* Die neuen Technologien müssen zugunsten der arbeitenden Bevölkerung eingesetzt werden und nicht zugunsten des Kapitals. Für einen systematischen und planvollen Einsatz von Computern und Robotern mit dem Ziel, die Wochenarbeitszeit auf ein Minimum zu senken!

VERSTAATLICHTE WIRTSCHAFT

* Schluß mit dem Abbau von Arbeitsplätzen in der Verstaatlichten Industrie!

* Keine Privatisierung der verstaatlichten Wirtschaft, im Gegenteil Ausbau der Verstaatlichung auf die Großindustrie, Banken, Versicherungen und Großgrundbesitz!

* Verwaltung und Kontrolle der Verstaatlichten sollen zu gleichen Teilen Belegschaftsvertreter, Gewerkschaften und Vertreter des Staates übernehmen!

FÜR EINE GEPLANTE WIRTSCHAFT

* Planen wir die Wirtschaft

nach den Bedürfnissen der Bevölkerungsmehrheit, nicht nach den Profiten!

* Für eine demokratische Planwirtschaft, die unsere Lebensgrundlagen nicht der Profitgier der Kapitalisten ausliefert, auf Grundlage der Vergesellschaftung der wichtigsten Produktionsmittel!

* Demokratische Planung, Arbeiterkontrolle und -verwaltung über die Betriebe, um bürokratische Auswüchse wie in den stalinistischen Staaten zu verhindern!

Die kapitalistische Wirtschaft kann ihre eigenen Krisen nicht mehr überwinden! Daher werden wir die kapitalistische Wirtschaftsordnung überwinden!

SPENDET FÜR

VORWÄRTS

Spendenkonto
PSK 8812.733



Ich möchte

VORWÄRTS

unterstützen und bitte
um weitere Informationen ○

Name

Anschrift

Ich möchte

VORWÄRTS abonnieren

5 Ausgaben zu 50,- öS ○

10 Ausgaben zu 100,- öS ○

ein VORWÄRTS-Förderabo
zu öS ... beziehen ○
(ab 50,- öS)

Auslandsabo (5 Ausgaben: 80,-) ○

Einsenden an:

VORWÄRTS c/o John Evers,
Kriehuberg, 21/11 1050 Wien